

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal erst Beifolgeb. Bezie-  
hungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 69, Urbanstr. 69 I.

Inserate  
pro biergefaltete Zeile 80 Pf.;  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf.; Beclamun-  
gungsanzeigen z. 25 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 45.

Berlin, den 8. November 1914.

30. Jahrgang.

Am 31. Oktober waren **vollständig arbeitslos: 7150 Mitglieder.**  
zum **Militärdienst einberufen: 3500 Mitglieder.**

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Entgegen unseren sehr dringenden Auf-  
forderungen und Mahnungen haben nachfolgende  
Zahlstellen und Gauen die Abrechnung für das  
verfloßene dritte Quartal noch nicht eingesandt:  
Gau 1, Berlin, Brandenburg, Ludenwalde,  
Bromberg, Görlitz, Gau 5, Magdeburg, Viesle-  
feld, Detmold, Kassel, Gotha, Halle, Osterfeld,  
Rudolstadt, Weisenfels, Bonn, Düren, Düsseldorf,  
Tuisburg-Ruhrort, Trier, Koblenz,  
Koblenz, Rüdendheid, Neuwied, Gau 11, Mainz, Anna-  
berg-Buchholz, Oberwiejenthal, Sebnitz, Gau 13,  
Heidelberg, Kaiserslautern, Kandel, Mannheim-  
Ludwigshafen, Saarbrücken, Trier, Freiburg,  
Göppingen, Karlsruhe, Mühlhausen i. G.,  
Schweinfurt und Würzburg.

2. Von der Broschüre „Kriegsfürsorge“,  
die vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes  
herausgegeben ist, haben wir allen Gau- und  
Ortsverwaltungen je ein Exemplar zugesandt.  
Die zeitgemäßen Angaben in der Broschüre  
bitten wir gut beachten zu wollen, um auf alle  
einschlägigen Anfragen der Mitglieder und  
deren Angehörigen richtige Auskunft geben zu  
können.

Sollte die Broschüre am 7. November  
irgendwo noch nicht eingetroffen sein, ersuchen  
wir um Mitteilung. Der Verbandsvorstand.

## Der Einfluß des Krieges auf unseren Beruf.

Die Arbeitslosenziffer ist in der Woche vom  
25. bis 31. Oktober wieder um etwas zurückgegan-  
gen, wenn auch nicht um soviel als wie in den letzten  
Wochen. Unsere Erhebung vom 24. Oktober ergab  
7420 Arbeitslose, am 31. Oktober waren es 7150.  
Der Rückgang beträgt demnach 270 Personen. Hier-  
bei ist jedoch zu beachten, daß infolge des größeren  
Umfanges der vorwöchigen Fragearten ein größerer  
Teil unserer Verwaltung diese Karten bis zum  
Abschluß dieser Nummer noch nicht eingeliefert hatten.  
Als Arbeitslosenziffer der hierbei in Betracht kom-  
menden Orte ist die Arbeitslosenzahl von der Auf-  
nahme am 24. Oktober angenommen worden. In  
Betracht wird deshalb die Arbeitslosenziffer vom  
31. Oktober noch um etwas geringer sein als oben  
angegeben.

Daß auch in Kriegeszeiten Neuerscheinungen auf  
dem Büchermarkt möglich sind — in höherem Maße  
jedenfalls als unsere Verleger meinen, die mit fast  
unglaublicher Zugedropftheit den Ereignissen gegen-  
überstehen und so bis zu einem hohen Grade an der  
Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe schuldig  
sind — zeigt eine Veröffentlichung des „Wochenblatt  
für den deutschen Buchhandel“, in der eine Zu-  
sammenstellung über die Neuerscheinungen auf dem  
Büchermarkt während der ersten beiden Kriegs-

monate gegeben wird. Danach sind in dieser Zeit  
478 Publikationen erschienen, die sich ganz natur-  
gemäß in den meisten Fällen den Zeitereignissen  
inhaltlich anpassen. Von diesen Publikationen waren  
118 Karten der Kriegsschauplätze, 112 theologische  
oder Erbauungsschriften, 44 juristische Schriften,  
33 militärwissenschaftliche Werke, 31 politische Werke,  
30 Flugschriften oder Einblattgedruckte, 29 Kriegs- und  
Soldatenliederbücher, 27 Kriegsgeschichten oder Chroni-  
ken, 25 sonstige Wissenschaften, 16 medizinische  
Schriften und 13 sonstige Publikationen. Unter den  
theologischen oder Erbauungsschriften befinden sich  
62 der jetzt so beliebten Einzelpredigten. Die Zahl  
der Kriegsgeschichten dürfte noch größer sein, als  
hier angegeben, wie überhaupt die obigen Zahlen  
keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen können.  
Die Art der Neuerscheinungen zeigt jedoch, daß auch  
das geistige Leben vollständig vom Krieg beherrscht  
wird. Von der Literatur, die sich direkt auf diesen  
bezieht, ist natürlich ein Teil inhaltlich nicht beson-  
ders viel wert, da jetzt, so kurz nach den einzelnen  
Kriegsphasen, von keiner Seite etwas Positives gesagt  
werden kann, indem nämlich nur die wenigsten selbst  
etwas Positives davon wissen. Auch von der großen  
Zahl neu herausgegebener Kartenwerke ist zu sagen,  
daß sie nur in den wenigsten Fällen den billigsten  
Anforderungen entsprechen, wie ein Gang durch  
unsere Geschäftsstrassen zeigt, in denen in jedem  
zweiten Schaufenster solche Kriegskarten zum Aus-  
hang gebracht sind. Einzelne davon genügen freilich  
auch höheren Bedürfnissen (so z. B. die im Verlag  
von Wagner u. Debes in Leipzig erschienenen), ob-  
wohl sie zu den verhältnismäßig billigsten zählen.  
Aber mag es auch so sein, daß eine Anzahl der Neu-  
erscheinungen ohne eine Lücke zu hinterlassen auch  
ungebrucht bleiben könnten, sie erfüllen durch ihr  
Erscheinen bis zu einem Teile unsere Forderung  
nach mehr Arbeitsgelegenheit für unsere  
Mitglieder. Solange nicht bei ihnen eine so aus-  
gesprochene Noheit oder ein solch barbarischer  
„Humor“ vorherrschend ist, als wie bei manchen der  
sogenannten Kriegs-„scherz“postkarten, wird man sich  
mit ihnen abfinden können. Der Unternehmungs-  
geist unserer Verleger kann sich u. A. nach sehr wohl  
auch auf andere Geschmacksrichtungen ausdehnen.  
Nachfrage weckt man in der Hauptsache nur durch  
Angebot!

Der Geschäftsgang in **Eisenach** hat sich jetzt  
wieder wesentlich gebessert. Acht unserer Mitglieder  
sind voll beschäftigt. Eine Kartonnagenfabrik hat  
den Stundenlohn um 5 Pf. gekürzt. Unsere Zahl-  
stelle ist von den Kriegswirkungen nicht unberührt  
geblieben, denn drei Mitglieder stehen im Felde und  
vier sind abgereist, für die kleine Zahlstelle ein  
großer Verlust.

In **Frankfurt** wurde schon am 1. August in  
einigen Betrieben der Adlegenschaft erklärt: Wenn  
die Kriegserklärung erfolge, brauchten die Arbeiter  
und Arbeiterinnen Montags nicht mehr ins Geschäft  
zu kommen, da der Betrieb geschlossen würde. Auf  
Kündigung und dergleichen wurde in diesen Be-  
trieben keine Rücksicht genommen. In den meisten

Fällen gelang es, den Unternehmern Marzuzumachen,  
daß auch jetzt noch die Kündigung zu Recht bestehe.  
In einigen Fällen aber mußte erst Klagenabhebung  
erfolgen, um den Arbeitern den Lohn oder Arbeit  
für die Kündigungszeit zu sichern. Nach Ablauf der  
Kündigung schlossen fast alle größeren Buch-  
druckereien ihre Buchbindereibetei-  
lungen. Nur vereinzelte Arbeitskräfte wurden  
halbe Tage beschäftigt. — Die Kartonnagen-  
fabriken hatten fast sämtlich ihre Betriebe am  
1. bzw. 3. und 8. August geschlossen. Erst nach und  
nach trat durch die Herstellung der Feldpostkarten  
eine Besserung ein und jetzt kann konstatiert wer-  
den, daß diese Branche noch am besten — einige Be-  
triebe sogar gut — beschäftigt ist. Ein Betrieb  
mit 40 Personen ist auch jetzt noch geschlossen, da  
der Inhaber im Felde steht, und ein anderer mit  
zirka 80 Personen beschäftigt zurzeit etwa die Hälfte  
mit verkürzter Arbeitszeit. — Auch die Stuis-  
fabriken schlossen ihre Betriebe, sie sind aber seit  
einigen Wochen wieder bei verkürzter Arbeitszeit und  
vermindertem Personal beschäftigt. Leider hat eine  
Fabrik bedeutende Lohnkürzungen vorgenommen. —  
In den reinen Buchbindereien waren die  
Entlassungen im Verhältnis am geringsten. — Die  
Luguspapierbranche ist natürlich sehr stark  
in Mitleidenschaft gezogen. Die Goldschmitt-  
macher arbeiten schon seit November 1913 nur  
5 Tage. Zurzeit arbeitet der größte Betrieb noch  
24 bzw. 32 Stunden pro Woche. — Mit Genug-  
tung sei konstatiert, daß einige Betriebe sehr un-  
gern Entlassungen vornahmen und diese so weit  
als möglich hinausschoben, während andere wieder  
glaubten, noch einen Extraprofit herauszuschinden,  
indem ganz ungerechtfertigte Lohnkürzungen vorge-  
nommen wurden oder bei Neueinstellungen nicht die  
alten, sondern neue und billigere Arbeitskräfte ein-  
gestellt werden. — Geradezu trostlos war die Lage  
in **Offenbach**. In der dritten Kriegswoche hatten  
wir noch 6 Kollegen, die voll beschäftigt waren, aber  
auch nicht im Verufe selbst. **Offenbach** arbeitet  
ausschließlich für den Export. Die Porte-  
feuillefabriken wurden mit Beginn des  
Krieges zum größten Teil geschlossen oder die Ar-  
beitszeit auf die Hälfte reduziert. Die Karton-  
nagenfabriken arbeiten zum Teil zwei bis drei  
Stunden pro Tag. Die Arbeiterinnen verdienen  
2 bis 3 Mk. pro Woche und warteten oft den ganzen  
Tag auf Arbeit. Die meisten Betriebe waren auch  
hier gänzlich geschlossen. In **Offenbach** hat nun ein  
Teil der Kollegen in den Militär-effekten-  
betrieben als Hilfsarbeiter usw. Arbeit gefunden,  
während in **Frankfurt** viele Kollegen bei der  
Straßenbahn, Post und Poststandsarbeiten beschäftigt  
sind. — Die Höchstzahl der Arbeitslosen der Zahl-  
stelle betrug Ende August 170, davon 108 Kollegin-  
nen. Am 24. Oktober betrug die Zahl der Arbeits-  
losen noch 17 Kollegen und 58 Kolleginnen. Leider  
ist die Möglichkeit, Arbeit für die Kolleginnen zu  
schaffen, recht gering, da in den Buchdruckereien  
noch recht wenig Aussicht auf Besserung besteht. Von  
300 Kollegen der Zahlstelle sind 79 zum Militär-  
dienst eingezogen.

In **Freiburg** arbeiten unsere Kollegen täglich sieben Stunden, sie haben demnach einen Ausfall von 12 Stunden jede Woche. Nur drei Kollegen sind vollbeschäftigt.

In **Gera** ist nur der kleinere Teil unserer Mitglieder voll beschäftigt, nämlich 19 Kollegen und eine Kollegin. Fünf Kollegen arbeiten jede Woche nur drei Tage, 4 Kollegen und 2 Kolleginnen 5 Tage zu 8 Stunden. Deren reguläre Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Arbeitslos sind 13 Kollegen und eine Kollegin. Auch in Gera versuchen einige Unternehmer die allgemeine Notlage zu Ertragschäften auszunutzen. So wurde in einer Buchdruckerei einem Kollegen gleich 6 Mk. am Lohn gekürzt, trotzdem er voll beschäftigt war. Jetzt darf der Betroffene auch noch aussetzen. Ein anderer Betrieb versteht die Sache noch besser. Dort werden Feldpostkartons hergestellt und der Inhaber stellt Arbeiterinnen ein, die zunächst einmal 14 Tage ohne Lohn arbeiten müssen, damit sie dann den fürstlichen Lohn von — 5 Mk. einstreichen können!

In **Wrimma** beschäftigt eine Stutisfabrik in Friedenszeiten gegen 50 bis 60 Personen. Der Betrieb ist durch Militäraufträge nicht nur voll beschäftigt, er hat sogar noch Personal eingestellt. Eine große Papierwarenfabrik beschäftigt dagegen nur noch die Hälfte ihrer Arbeiterkraft bei neunmündiger Arbeitszeit. Dieser Betrieb gibt sonst um diese Zeit an 150 bis 200 Heimarbeiter Arbeit ab, jetzt erhalten nur noch gegen 10 Personen solche. — In **Kerschau**, das zum Zahlstellengebiet Wrimma gehört, wird — wie uns berichtet wird — ein Betrieb voll aufrecht erhalten, die übrigen Luxusartenfabriken lassen bis zu drei Tagen arbeiten. Die Filiale der Kartomagnetenfabrik von Krahner in Burgen ist vorläufig noch stillgelegt.

Aus **Solingen** wird uns berichtet, daß dort acht Eis- und Kartomagnetenfabriken eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet hätten und mit reichlichen Aufträgen für die Militärverwaltung beschäftigt seien, so daß die Arbeitslosigkeit in Solingen ständig sinkt. Zurzeit sind dort nur noch acht Arbeitslose vorhanden, die aber auch Beschäftigung haben könnten, wenn die Unternehmer etwas weniger Uebergeitarbeit verlangen würden. Jetzt werden fast alle Arbeiter bis abends 10 Uhr beschäftigt und natürlich wird auch Sonntags gearbeitet. Das ist selbstverständlich ein Zustand, dem wir auf keinen Fall ruhig mit zusehen dürfen. Ueberall, wo sie bestehen, sollten unsere Verwaltungen — wie schon mehrfach gesagt — zunächst bei den betreffenden Unternehmern auf Abhilfe drängen und wenn dieses nichts helfen sollte, sich dann direkt an die Militärverwaltungen wenden. Es ist gleichsam grober Unfug, wenn einzelne Betriebe ihre Arbeiter anspannen, bis sie umfallen und vor der Tür stehen genügend andere, die gern arbeiten wollten, wenn sie nur eingestellt würden. Solchen Liebesständen sollten unsere Verwaltungen im Interesse der noch so großen Zahl vollständig Arbeitsloser ganz energisch zu Leibe gehen.

## Die internationale Gewerkschaftsbewegung und der Krieg.

II.

In unserem ersten Artikel (Nr. 42) haben wir auszugswise wiedergegeben, was die gewerkschaftlichen Landeszentralen in den Ländern, die jetzt in engerer Waffengemeinschaft mit uns stehen, als ihre Aufgaben während der Kriegszeit ansehen. Aus beiden der angeführten Auslassungen ging hervor, daß auch in Oesterreich und in Ungarn das Durchhalten der Organisationen als erste Aufgabe der dortigen Gewerkschaftsmitglieder angesehen wird. Von den hier noch zu benennenden selbstständigen Zentralen in Kroatien-Slavonien und Bosnien-Herzegowina konnte nichts angeführt werden, da deren Tätigkeitsfeld zum Teil ganz zum Kriegsgebiet gehört oder doch nahe an dieses angrenzt und dadurch jede Betätigung unmöglich gemacht ist.

Doch auch die österreichischen Gewerkschaften sind in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt worden. Das hat seine Ursache nicht in einem besonderen Uebelwollen der Staatsbehörden, sondern ist — wie die österreichische Gewerkschaftszentrale selbst sagt — „offenbar nur als Folge des Krieges anzusehen“. Denn

es find eine Reihe von Gesetzen außer Kraft gestellt worden, die nicht auf eine bestimmte Bevölkerungskategorie beschränkt sind, wenn auch naturgemäß die Arbeiterschaft immer am ehesten von allen Maßnahmen betroffen wird. Der schon teilweise zitierte Aufruf der österreichischen Gewerkschaftszentrale besagt an einer anderen Stelle, daß „die Verfassung außer Kraft gesetzt sei, desgleichen die Gewerbe über das Vereins- und Versammlungsrecht, über das Briefgeheimnis und die Pressefreiheit“. Soweit ist man bei uns in Deutschland nicht gegangen, ein Zeichen wohl dafür, daß St. Bureautaktus in Oesterreich so sehr viel ausgeprägter ist als bei uns. Trotzdem erwarten aber unsere österreichischen Freunde, daß ihnen sonderliche und bewußt auf ihre Tätigkeit zugeschnittene Beschränkungen nicht werden. Sie schließen das — ganz wie bei uns und wohl auch mit vollem Recht — darauf, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften dem Staate eine kaum erselbliche Hilfe ist. Heißt es doch in dem mehrfach genannten Aufruf ausdrücklich: „Wenn nun auch offenkundig der Ausnahmezustand lediglich nur als Folge des Krieges zu betrachten ist und deshalb voraussichtlich nicht dazu verwendet werden wird, um die gewerkschaftliche Tätigkeit unserer Organisationen zu erschweren oder gar zu unterbinden, so ist es doch Pflicht der Vertrauensmänner, mit der so gründlich geänderten Situation zu rechnen und ihre Tätigkeit danach einzurichten. Eine beabsichtigte und aus der Verhängung des Ausnahmezustandes abzuleitende Behinderung unserer organisatorischen Tätigkeit ist schon deshalb nicht anzunehmen, weil insbesondere die Gewerkschaften in derartigsten Zeiten, wie es die gegenwärtigen sind, eine Reihe von Aufgaben erfüllen, die sie in nicht zu verachtendem Umfang der Staatsverwaltung abnehmen. Ohne die Unterhaltungs-tätigkeit der Gewerkschaften würden die ohnehin nur allzu berechtigten Ansprüche der durch die Kriegsereignisse besonders in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiterbevölkerung an die Staatsverwaltung noch eine erhöhte Berechtigung erfahren, welcher nicht Rechnung zu tragen dieser nur sehr schwer möglich wäre.“ Auch hier kommt das bekannte Wort zur praktischen Geltung — wiederum ganz wie bei uns — daß auch die Arbeiterschaft in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stiche läßt, daß sie nicht nur dem militärischem Gebot folgend mit der Waffe in der Hand dem Störer des heimatischen Friedens entgegentritt und unter Einsetzung des Lebens zum Siege der heimischen Fahnen beiträgt, sondern daß sie auch in wirtschaftlicher Weise dem Gebot der Zeit folgend ihre ganze materielle und organisatorische Kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellt. Den durch den Krieg gegebenen Beschränkungen wird sie sich in entsprechender Weise anpassen.

Daß unsere österreichischen Kollegen von den Kriegszuständen ebenfalls aufs äußerste mitgenommen werden, ist nach diesem erklärlich. Der unserern Internationalen Buchbindersekretariat angeschlossene Verein der Buchbinder zählt gegen 2400 männliche Mitglieder. Von diesen waren bis Ende August 311 zum Kriegsdienst einberufen und bis jetzt wird die Zahl der Einberufenen auf 600 geschätzt, so daß ein Viertel der männlichen Mitglieder zurzeit unter den Fahnen stehen dürften. Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit orientiert uns teilweise die „Einigkeit“, das Verbandsorgan unserer österreichischen Kollegenschaft. Die dort angegebenen Zahlen beziehen sich allerdings nur bis Mitte September und auch nur auf den Ort Wien, doch ist dazu zu bemerken, daß im übrigen Oesterreich nur sehr wenig Verursachende anzutreffen sind und daß seit Mitte September eine Steigerung der Arbeitslosenziffer kaum stattgefunden haben dürfte, wenn ein Rückschlag aus unseren deutschen Verhältnissen in diesem Falle angebracht ist. Am 19. September waren in Wien 106 Kollegen und 163 Kolleginnen arbeitslos, an die jede Woche durchschnittlich 2000 Kronen Unterstützung gezahlt werden muß. Unter Beachtung der Tatsache, daß der österreichische Verein so sehr viel kleiner ist als unser Verband, muß diese Belastung als sehr hoch angesehen werden und es ist verständlich, daß er sich auch mit seiner Unterstützungsleistung den gegebenen Verhältnissen anpassen mußte. Mitte August wurden die täglichen Säge der Ar-

beitslosenunterstützung um 30 und 40 Heller — je nach der Beitragsklasse — herabgesetzt und die Kranken-, Reise- und Umzugsunterstützung ganz, die Invalidenunterstützung zum Teil aufgehoben. Vom 31. Oktober ab gibt der Verein eine Kriegsunterstützung an diejenigen seiner Mitglieder, die keine Unterstützung mehr erhalten. Je nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft können diese drei-, vier- oder fünfmal 4,80 Kronen bis 10,40 Kronen (je nach der Beitragsklasse) erheben. Um diese Ertragsunterstützungen geben zu können, werden freiwillige Extrabeiträge erhoben.

Von besonderem Einfluß war der Krieg auf die Tarifbewegung unserer österreichischen Kollegenschaft. Am 30. September lief der im Jahre 1910 abgeschlossene Tarif ab. Der Ausbruch des Krieges verhinderte naturgemäß den Abschluß eines neuen Vertrages und so beantragte die Arbeiterschaft eine Verlängerung des bestehenden um zwei Jahre. So selbstverständlich und den Ereignissen Rechnung tragend dieser Entschluß auch ist, die Unternehmer schienen große Neigung zu haben, die unangenehme Sachlage für sich auszunutzen. Die „Einigkeit“ mußte mitteilen, daß zur Festlegung dieser Selbstverständlichkeit mehrere Sitzungen mit den Unternehmern notwendig waren. Man sollte meinen, ein solcher Antrag zu solchen Zeiten gestellt, bedürfte gar keiner weiteren Beratung.

Es entbehrt nicht eines gewissen Interesses, daß nun schon zum zweitenmale unsere Kollegenschaft in Oesterreich gezwungen ist, ihren Tarif infolge Kriegswirren zu verlängern. Die „Einigkeit“ schreibt dazu:

„Zum zweitenmal sagt es nun das Verhängnis, daß der für das Wiener Buchbindergewerbe geltende Lohnarbeitsvertrag infolge tieferster politischer Ereignisse über die vorhergesehene und vereinbarte Geltungszeit hinaus verlängert werden muß. Im März 1909, gerade zu der Zeit, da der endgültige und schon so gut als sichere Beschluß, den am 30. September zu Ende gehenden Vertrag zu kündigen, offiziell gefaßt werden sollte, stand der Krieg mit Serbien in naher Aussicht, und an dem Tag, an dem die entscheidende Vertrauensmännerversammlung stattfand, war die Mobilisierung der Kriegstruppen bereits in vollem Gange. In zwölfter Stunde noch wurde damals der Krieg verhindert und der Friede bewahrt. Für die Wiener Buchbinder waren jedoch die Würfel schon gefallen. Der entscheidende Beschluß auf Nichtkündigung des Vertrages war gefaßt; der Kündigungsstermin bereits abgelaufen und in gewohnter strengster Vertragstreue konnte nun nichts mehr an der Sache geändert werden. Somit mußte der geltende Vertrag noch ein Jahr länger in Kraft bleiben. Erst im darauf folgenden Jahre wurde er erneuert, und zwar geltend bis zum 30. Sept. 1911.“

Wahr als vier Jahre sind seitdem vergangen. Scheinbar war der tiefe Friede für Jahre hinaus gesichert. Trotz der schweren wirtschaftlichen Krise — die übrigens auch im Jahre 1909 der zweite Grund zur Nichtkündigung des Vertrages war — und trotz der schweren Nachwehen des Buchdruckerlumpens wurde die Kündigung des Vertrages beschlossen und zur vertragsmäßigen Zeit durchgeführt, da seine Revision zu bringen unmöglich war, als daß eine weitere Verlängerung als zulässig hätte erscheinen können. Da setzen die Bombenwürde und die Revolverkämpfe, die am 28. Juni von Sarajewo aus durch die ganze Welt hallten, das Pulverfaß in Brand und der Weltkrieg ward zur graulichsten Tatsache. . . . Wenn aber die ganze Welt in Flammen steht, . . . dann ist am wenigsten die Zeit geeignet, um wirtschaftliche Pläne für Monate hinaus zu machen und Verträge zu erteilen und zu beschließen, die für Jahre Geltung haben sollen. . . .

So also mußte trotz der absoluten Reformbedürftigkeit des geltenden Tarifvertrages und trotz der berechtigtesten Sehnsucht, mit der die Kollegenschaft seiner Erneuerung und Verbesserung entgegenah, nun wieder dessen Verlängerung in Erwägung gezogen und schließlich auch den Unternehmern in Vorschlag gebracht werden. Zum zweitenmal verzögern nun politische Ereignisse weittragender Bedeutung eine Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse und wieder, so wie im Jahre 1909, ist es das ungeliebte Serbien, welchem nebst vielen anderem Unheil angedroht und unbewußt auch dieses zur Last fällt. . . .

Unsere österreichische Kollegenschaft wird dieses schuldlos ihnen gewordenen Mißgeschick mit der Ruhe und Würde zu ertragen wissen, die die jetzige große Zeit erfordert. Nicht unterlassen wollen wir jedoch, besonders auf das Verhalten des Wiener Zweigbetriebes von König u. Ehardt in Hannover hinzuweisen, der im Anschluß an die Tarifvertragsverlängerung dem Buchbinderpersonal freiwillig eine halbständige Arbeitszeitverlängerung zugestand. Ein gutes Wort ehrt seinen Meister!

Das Buchbindergerwerbe in Ungarn ist ebenfalls auf das empfindlichste vom Krieg betroffen worden, zumal ja bekannte Teile Ungarns selbst zum Kriegsschauplatz geworden sind. Eine Anzahl von Buchbindereien haben das Personal sofort kündigungslöslich entlassen, andere wieder die weitgehenden Betriebseinschränkungen vorgenommen. Auch in Ungarn konzentriert sich das berufliche Leben fast ausschließlich nur auf die Landeshauptstadt, Budapest. Dort waren kurz nach dem Kriege 600 bis 650 arbeitslose Kollegen und Kolleginnen vorhanden, deren Zahl ging bis Ende September bis auf 530 zurück, für die im Durchschnitt 2000 Kronen an Unterstützungen zu zahlen waren. Nur die Hälfte der Arbeitslosen ist unterstützungsberechtigt. Zum Kriegsdienst berufen sind nahezu 300 Kollegen.

Die in den ersten Kriegstagen auftretende große Arbeitslosigkeit veranlaßte die Organisationen des graphischen Gewerbes, an die Unternehmer mit dem Antrage heranzugehen, über Abhilfe dieses Zustandes zu beraten. In diesen Verhandlungen wurde ein geradezu vorbildlicher Ausweg gefunden, der unserer Auffassung nach — und auch unseren hiesigen Forderungen entsprechend — der einzig richtige ist. Es wurde dort beschlossen, daß mit Rücksicht auf den Kriegszustand bis auf weiteres Kündigungen von Arbeitern möglichst zu vermeiden sind. Um dies zu ermöglichen soll in den Betrieben, in denen ein Rückgang der Arbeit festzustellen ist, die Arbeitszeit zwecks Umgehung von Entlassungen verkürzt werden unter der Voraussetzung, daß diese Kürzung bis zur Hälfte der seitherigen Arbeitszeit erfolgen dürfe. Dieses Vorgehen entspricht vollständig unseren Forderungen, daß die durch den Krieg verursachten wirtschaftlichen Schäden nicht auf einzelne abgewälzt werden sollen, sondern daß sie von der Gesamtheit getragen werden.

Auch die Unterstützung der Familien der Einberufenen, die vom Staate erst nach drei Kriegswochen übernommen wurde, fand eine ähnliche Regelung, indem die Unternehmer 3 Proz. der wöchentlichen Lohnsumme hierzu für die Verfügung stellten und die beteiligten Gewerkschaften die so zusammengebrachte Summe um die Hälfte erhöhten.

Auch noch weiter sind die Unternehmer in ihren Verbindlichkeitsbestrebungen mit den Arbeitern gegangen! Es stellte sich heraus, daß auch mit einer 50prozentigen Betriebseinschränkung nicht auszukommen war. Da hat man dann beschlossen, daß es statthaft sein soll, einen Teil des Personals aussetzen zu lassen, wobei die nicht verheirateten in erster Linie betroffen werden sollen, doch erhalten die Ausgesetzten vom Betrieb in den ersten zwei Wochen eine Unterstützung in Höhe von einem Drittel ihres seitherigen Lohnes, aber nicht unter 12 Kronen für jede Woche. Während dieser beiden Wochen darf die Organisation keine Unterstützung an diese Ausgesetzten zahlen. Von der dritten Woche ab zahlen die Unternehmer dann für jede Woche Ausgesetzten 6 Kronen solange, bis der Arbeiter wieder in Arbeit treten kann. Wer in einer Woche auch nur ganz kurze Zeit tätig ist, hat Anspruch auf den halben Wochenlohn. Das gleiche trifft auf die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen zu, nur daß die Unterstützungen für diese 6 resp. 3 Kronen betragen.

Wer will bestreiten, daß ein solches verständiges Eingehen auf die Bestrebungen zur Milderung der durch den Krieg verursachten Notstände nicht von einem ganz außerordentlichen Verständnis zeugt und von einer wahrhaft idealen Regelung des gemeinsamen Tragens der Last des einzelnen? Uns bleibt nur zu wünschen, daß auch unsere deutschen Unternehmer sich an diesem Verhalten der Budapestser Unternehmer ein Beispiel nehmen möchten.

Auch der Tarif unserer ungarischen Kollegenschaft sollte am 30. September sein natürliches Ende finden. Er war bereits im Jahre 1910 auf drei Jahre abgeschlossen, doch mußte er im Vorjahre infolge ungünstiger Wirtschaftslage um ein Jahr verlängert werden. Jetzt nun hat der Krieg die Erneuerung verhindert, so daß er auf unbestimmte Zeit seine Gültigkeit behält. Ein eigenartiges Geschick ruht demnach auf den Tarifen unserer Budapestser und Wiener Kollegen.

Von dem Verein der Buchbinder und Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen in Kroatien-Slavonien liegt uns die Mitteilung vor, daß er seine Tätigkeit zurzeit eingestellt habe. Viele Mitglieder seien einberufen und viele arbeitslos, so daß

schon aus diesem Grunde eine Vereinstätigkeit kaum ausgeübt werden könnte, ganz abgesehen davon, daß durch die Behörde jede Versammlung und Besprechung verboten sei.

Von dem hier noch zu nennenden Verein der Buchbinder in Bosnien und Herzegowina liegen uns Anmerkungen garnicht vor, so daß anzunehmen ist, daß auch dieser Verein seine Tätigkeit zurzeit eingestellt hat.

Im nächsten Artikel werden wir uns mit den Verhältnissen in den neutralen Staaten befassen, eine Aufgabe, die zum Teil etwas „kurzweiliger“ zu werden verspricht, da hier ganz eigenartige Stellungnahmen zu den Zeitercheinungen vorliegen.

**Aus unserem Beruf.**

**Der Kriegsausschuß für das deutsche Papiertuch** beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 21. Oktober erneut mit einigen Fragen, die bereits in einer früheren Sitzung behandelt worden sind (s. Nr. 42 der „Buchbinder-Zeitung“). Zunächst wurde berichtet, daß der Kriegsausschuß seine ablehnende Haltung in bezug auf ein Vorgehen gegen den Betrieb der offiziellen Postkassen des Roten Kreuzes durch die Postanstalten aufgegeben und die Verfolgung der Angelegenheit dem sogenannten großen Kriegsausschuß der deutschen Industrie übergeben habe.

Dann erklärte der Kriegsausschuß den Betrieb von Scherzlandkarten, auf denen eine willkürliche — wenn auch nur scherzhaft gemeinte — Veränderung der Landesgrenzen europäischer Länder vorgenommen ist, für unsittlich und unangebracht, da die Gegner Deutschlands hieraus Kapital schlagen würden.

Die Ueberweisung eines Auftrages an Vertriebsum schlägen durch die Eisenbahndirektion in Hannover an eine private Firma wurde vom Kriegsausschuß nicht als eine Erledigung seiner Eingabe angesehen, nach der die Ueberweisung von behördlichen Arbeiten an Strafanstalten gerade in der jetzigen Kriegszeit mit ihrer großen Arbeitslosennot nicht angebracht sei.

Mehrere Firmen hatten den Kriegsausschuß um Ueberweisung von Arbeit erucht. Dieser mußte hierzu wiederholt erklären, daß er dazu zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei.

Dann nahm der Kriegsausschuß Stellung zu den nur zu berechtigten Beschwerden über die Feldpost und zu der Haltung des Reichspostamtes zur Verpackung der Feldpostpakete. In bezug auf letzteres hatte er eine Eingabe an das Reichspostamt gerichtet, in der es u. a. auch hieß:

Die Zulassung von Feldpostpaketen wird ein von Tag zu Tag dringlicheres Bedürfnis. Die Industrie, insbesondere die Pappen-, Kartonnagen- und sonstige Papiertuchfabrik hat im Hinblick auf die Notwendigkeit der baldigen Zulassung der Feldpostpakete die nötigen Maßnahmen getroffen. Es sind insbesondere sowohl Pappen, wie Pappkartons, wie auch Pack- und Umhüllungs-papiere in großem Umfange vorhanden. — Die vom 5. bis 11. Oktober versuchsweise zugelassene Verwendung kleinerer Feldpostpakete (Feldpostbriefe) im Gewicht von 250—500 Gramm kann in Pappkartons ohne äußere Umhüllung erfolgen. Derartige Pappkartons liegen in großem Umfange zur Verfügung. ... Infolge der hervorragenden Güte der Pappe besitzen die Pappkartons auch ohne Umhüllung hohe Widerstandsfähigkeit auf dem Transport gegenüber allen äußeren Einflüssen. ... Für die Verwendung der Feldpostpakete über 500 Gramm besteht die Vorschrift, daß sie in Leinwand eingeklebt sein sollen. Diese Vorschrift war zu einer Zeit berechtigt, in der die Papierindustrie noch nicht auf der heutigen Höhe stand. Augenblicklich kann die Papierindustrie sehr viel zweckmäßigere Umhüllungen, als es die Leinwand ist, liefern. Die Leinwand ist wasserundurchlässig und schützt den Inhalt des Paketes nicht vor dem Zutritt von Luft, Gerüchen und vor sonstigen Einwirkungen, was namentlich bei dem Versand von Nahrungsmitteln von großem Nachteil ist. ... Gegen die Verwendung von Leinwand spricht aber vor allen Dingen folgender militärischer Gesichtspunkt: Leinwand, sowie die zu ihrer Herstellung nötigen Garne können sehr viel besser für andere Zwecke, insbesondere für die Herstellung von Bekleidungsstoffen aller Art verwendet werden. ...

Schließlich übergeben wir Eurer Erzellenz... Proben von Zellstoffpapier. Auch diese Papiere sind sowohl zur Verpackung wie auch zur Umhüllung sehr gut geeignet und bieten gegen äußere Einflüsse, insbesondere Stoß, Schlag, Biegung und Feuchtigkeit, großen Widerstand. Sie sind beinahe wasser- und luftundurch-

lässig und eignen sich deshalb vortrefflich zur Verpackung von Lebensmitteln.

Diese Eingabe, die eine Verwendung von Pappkartons bei Feldpostpaketen zu gestatten zum Zweck hat, wurde vom Reichspostamt mit dem Hinweis auf bürokratische Bestimmungen abgelehnt. Das Reichspostamt denkt gar nicht daran, bei der hoffentlich bald kommenden Zulassung von Feldpostpaketen irgendwelche Erleichterungen zuzulassen, weil gerade bei dieser Behörde der Buchstabengeist in einer Weise vorherrschend ist, wie nirgend anderswo. Daß unsere heutigen Pappkartons jede Strapazen aushalten, weiß nachgerade jedes Kind. Infolge der ablehnenden Haltung des Reichspostamtes soll der — übrigens noch nicht zugelassene — Versand der Feldpostpakete erschwert werden, eine Tatsache, die wir im Interesse unserer Kartonnagenarbeiter sehr bedauern müssen. Zweifellos hätten gerade diese, die durch den Krieg um am meisten leiden, eine Aufmunterung recht nötig. — Nebenbei sei bemerkt, daß anscheinend gar keine Aussicht besteht, daß Feldpostpakete überhaupt zugelassen werden, es sei denn, daß dem Reichspostamt täglich 1000 Eisenbahnwagen und 10 000 Automobile zur Verfügung gestellt werden!

In bezug auf das Vorgehen der Polizei gegenüber den sogenannten humoristischen Kriegspostkarten behielt sich der Kriegsausschuß vor, später in dieser Angelegenheit Vorstellungen zu erheben, was wohl soviel heißen soll, daß er mit diesem Vorgehen nicht einverstanden ist.

In der Sitzung vom 28. Oktober wurde erneut angeregt, eine wiederholte Eingabe an die Oberpostdirektion Berlin mit dem Antrage zu richten, das Fernsprechverzeichnis auch diesmal wieder herauszugeben. Die bisher von der Oberpostdirektion gegen die Herausgabe vorgebrachten Gründe seien nicht stichhaltig. Eine derartige Eingabe wurde beschlossen, außerdem aber auch, daß sich ein aus den Herren Wübben, Lüderitz und Pöger bestehender Ausschuß zur Oberpostdirektion begeben und dort vorstellig werden soll.

**Ein ungetreuer Kassierer.**

Der 56jährige Buchbinder Gustav Arnken hatte sich am 23. Oktober vor der Strafkammer in Kiel wegen Untreue, begangen zum Nachtheil der Kasse des Kieler unseres Verbandes, zu verantworten. Der Mitte September in Reddinghausen festgenommene Angeklagte gab seine Vernehmung zu. Er war seinerzeit Kassierer für Kiel und verbrauchte 455 Mk. ein-kassierte Gelder für sich, und zwar, um der Wettleidenschaft auf der Rennbahn zu frönen. Als er keinen Ausweg mehr sah, verließ er Kiel. Dies war im Jahre 1910. Seitdem hat er sich in Wien, Madrid und Paris aufgehalten. In Paris hatte er gerade eine sehr gute Stellung gefunden, als der Krieg ausbrach und er die Stadt Hals über Kopf unter Verlust seiner Habe verlassen mußte. Das Gericht erkannte gegen ihn auf die vom Staatsanwalt beantragten zwei Monate Gefängnis. Arnken hat einen kleineren Teil seiner Unterzahlungen gedeckt.

**Eine billige Arbeitskraft**

wird in der vorletzten Nummer des „Allgemeinen Anzeigers für Buchbindereien“ gesucht. Es scheint, daß der Leitung dieses Blattes nicht bekannt ist, daß zurzeit infolge des Krieges viele Tausende von Buchbindern ohne Arbeit sind. Anders ist es nicht zu verstehen, daß das Blatt jetzt noch Anzeigen bringt wie die folgende:

Intelligenter Buchbinder Sohn, welcher im Bildereintrahmen und Glaschneiden perfekt ist und solches, soweit es vorkommt, mitübernimmt, findet auf bald oder später in meiner lebhaften Buch-, Kunst-, Druck- und Papierhandlung Gelegenheit, als Volontär in allen obigen Zweigen eine gute Schule durchzumachen. Chr. Bachmann, Minden i. Westf.

Wir rechnen es schon zu den Aufgaben der Leitung eines Blattes, die Anzeigenden auf das Angehörige ihres Tuns aufmerksam zu machen, wenn dieses so unglücklich ist wie dieses Inserat zur jetzigen Zeit, wo Tausende Arbeit verlangen. Außerdem gehört schon eine Portion der geforderten Intelligenz dazu, ohne Ueberleistung als perfekter Arbeiter im Glaschneiden und Bildereintrahmen auch noch eine gute Schule in diesen Dingen durchzumachen zu wollen. Am Ende hat er gar noch für diese gute Schule Bargeld mitzubringen. Wann endlich wird der Volontär-unflug in unserm Gewerbe aufhören, der nichts anderes darstellt, als nur eine kostenlose Ausbeutung der Arbeitskraft?

Rundschau.

Sur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während des Krieges hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Württemberg eine Reihe von Grundfragen aufgestellt. Danach sucht die Versicherungsanstalt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihre Folgen dadurch zu fördern, daß sie

1. zur Belebung der Bautätigkeit und Ermöglichung von Notstandsarbeiten Kapitalien zur Verfügung stellt, und zwar den bei der Invalidenversicherung Versicherten für den Bau von Eigenhäusern und den gemeinnützigen Baugenossenschaften, Gesellschaften und Vereinen, welche die Erbauung von Kleinwohnungen zum Zweck haben, zum Zins von 3 1/2 Prozent; den Gemeinden und Amtskörperschaften für gleiche Zwecke und für die Ausführung von Notstandsarbeiten zum Zins von 5 Proz.;

2. den Gemeinden und Amtskörperschaften zu den von ihnen ausgeführten Notstandsarbeiten einen Beitrag abt, der sich nach den auf die Notstandsarbeit aufgewendeten Arbeitslöhnen bemittelt;

3. den Gemeinden, welche eine allgemeine Arbeitslosenfürsorge einrichten, einen nach dem Maßstab, ihrer eigenen Aufwendungen bemessenen Beitrag gewährt.

Für die bezeichneten Zwecke werden zunächst eine Million Mark zur Verfügung gestellt. Der Beitrag an die Gemeinden für Notstandsarbeiten, die vor dem 15. September 1914 begonnen wurden, beträgt während der Monate November bis Februar 15 Proz., im übrigen 10 Proz. des nachgewiesenen Aufwands für Arbeitslöhne. Die bei den Notstandsarbeiten zu zahlenden Löhne müssen für verheiratete Arbeiter mindestens 80 Proz., für Ledige mindestens 60 Proz. des geltenden Ortslohns betragen. Was als Notstandsarbeit zu gelten hat, entscheidet die Versicherungsanstalt endgültig. Den Gemeinden, welche eine Kriegsarbeitslosenfürsorge einrichten, wird hierfür mit Wirkung vom 1. November ab ein Beitrag in Höhe von 40 Prozent der gewährten Unterstützungen geleistet. Die allgemeine Arbeitslosenunterstützung ist zu gewähren ohne Rücksicht darauf, ob der Nachsuchende der Invalidenversicherung oder einer Berufsorganisation angehört oder nicht. Die wöchentliche Arbeitslosenunterstützung der Gemeinde soll mindestens das Doppelte des für sie maßgebenden täglichen Ortslohns betragen und nach Familienstand und Kinderzahl abgestuft sein; Unterstützungen, welche die Arbeitslosen von ihren Organisationen oder von Arbeitgeber und deren Verbänden erhalten, dürfen an dem Unterstützungsbeitrag der Gemeinde nur insoweit gekürzt werden, als sie bei Ledigen 50 Pf., bei Verheirateten 1 Mk. für den Tag überschreiten. Die Landesversicherungsanstalt hofft, daß die Gemeindebehörden im Bewußtsein ihrer großen Verantwortung für eine zweckmäßige Durchführung der wirtschaftlich Schwachen während der Kriegszeit mit der durch die Not der Zeit und die Nähe des Winters gebotenen Beschleunigung zur Tat schreiten, damit der von der Versicherungsanstalt erstrebte Erfolg ein möglichst vollkommener werde.

Kein Steuerabzug von der Familienunterstützung. Der preussische Finanzminister und der Minister des Innern haben einen gemeinsamen Erlass herausgegeben, in dem es heißt: Aus einer kleinen Gemeinde ist uns eine Beschwerde zugegangen, wonach die Gemeindeverwaltung die Gemeindesteuern der in den Dienst eingetretenen Mannschaften dadurch betreiben will, daß sie den Frauen und Kindern den Steuerbetrag von der ihnen bewilligten Familienunterstützung abzieht. So wenig wir annehmen zu sollen glauben, daß auch von anderen Gemeindeverwaltungen ein solches Verfahren eingeschlagen werden wird, so weisen wir doch allgemein darauf hin, daß die nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 28. Februar 1888/4. August 1914 an die Familien der in den Dienst eingetretenen Mannschaften zu gewährenden Unterstützungen der Pfändung nicht unterworfen sind und deshalb auch eine Aufrechnung dieser Unterstützungsansprüche gegen Forderungen der Gemeinden oder Pflanzungsverbände an die Wehrmannsfamilie nicht zulässig ist. Die Familienunterstützungen sind also unverkürzt zur Auszahlung zu bringen.

Adressenänderungen.

Adressen der Kassierer:

Duisburg-Kuhrort. O. Häser, Duisburg, Stern-Buschstr. 98.  
Wirtsh: G. Hunger, Hohestr. 4 II.

Unsere Verwaltungen

machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß sie an die im Felde stehenden Mitglieder unsere „Buchbinder-Zeitung“ senden, sofern ihnen die genaue Adresse derselben bekannt ist. Feldpostbriefe bis zu 50 Gramm Gewicht werden frei befördert!

Auch unserer verwundeten in deutschen Lazaretten liegenden Kollegen müssen wir gedenken. Es hält aber schwer, deren Adressen zu erhalten. Wer eine solche Adresse kennt, sollte den Bevollmächtigten oder den Vertrauensmann benachrichtigen, in dessen Tätigkeitsgebiet das Lazarett liegt. Ein Besuch bei unseren verwundeten Kollegen ist ein Beweis bester Kollegialität, der den an das Krankenbett Gefesselten sicherlich sehr erfreuen wird. Die Dahingeblichenen müssen alles tun, um deren Leiden zu mildern. Wer die Adresse eines Verwundeten kennt, gebe diese sofort weiter.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 2. November bei der Verbandskasse ein: Von Kiel mit 310,44 Mk., Rostock 80 Mk., Gau 8 — Mk., Hannover 217,60 Mk., Sildesheim — Mk., Minden 79,60 Mk., Schlei 189,67 Mk., Gau 10 172,15 Mk., Warmen-Eberfeld 450 Mk., Dortmund 500 Mk., Essen 200 Mk., Köln 300 Mk., Gießen-Weclar — Mk., Danau — Mk., Grimma — Mk., Limbach 559,61 Mk., Zittau-Scheibe — Mk., Gau 14/15 — Mk., Heilbronn — Mk., Lahr 17,80 Mk., Neutlingen — Mk., Stragburg — Mk., Stuttgart — Mk., Gau 16 — Mk. und von Nürnberg-Kürth mit — Mk. E. Hauelsen.

Anzeigen

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder u. w. (M. V. a. G. — Crotzkasse. — Sitz Leipzig).

Vierteljährliche Hauptversammlung

mit der Tagesordnung

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Verschiedenes

findet statt in

Hamburg, Sonnabend, den 7. November, abends 9 Uhr präzis, im Gewerkschaftshaus, hohgelegenes Restaurant, Zimmer 1 rechts.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle München.

Am 28. Oktober starb unser Mitglied Fräulein Kathi Troll.

Am 27. Oktober verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied Frau

Magd. Pirzer geb. Raßhofer.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Selbständiger Meister

für Nit-, Stanz- und Klebearbeiten für Fallschirmen und Automaten-Packungen gesucht.

Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Ansprüchen an die

Akt.-Ges. Münchener Chromolith. Kunstanstalt, München.

Dauerndes gut bezahlte

Arbeit für Hohlmetmaschinen

vergeben Kunstschle & Co., Berlin, Pringelstr. 98.

Ehren-Tafel

für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.

Bei Postieren in Frankreich fiel unser Kollege

Adolf Ketterlinus

geb. 18. Mai 1892 in Stuttgart, eingetreten in unsern Verband am 12. Mai 1911 in Stuttgart, zuletzt Mitglied in Stuttgart.

Bei den Kämpfen in den Vogesen fiel unser Kollege

Rudolf Reinhardt

geb. 7. Juni 1877 in Stuttgart, eingetreten in unsern Verband am 24. Februar 1912 in Stuttgart, zuletzt Mitglied in Stuttgart.

Am 22. August, seinem Geburtstag, fiel bei Barance in Belgien unser Kollege

Albert Klöpfer

geb. 22. August 1898 in Stuttgart, eingetreten in unsern Verband am 18. März 1911 in Stuttgart, zuletzt Mitglied in Stuttgart.

Am 22. September fiel in Bezabonien (Frankreich) unser Kollege

Friedrich Pöbel

geb. 29. Oktober 1886 in Eisenberg, eingetreten in unsern Verband am 7. Februar 1904 in Eisenberg, zuletzt Mitglied in Eisenberg.

Am 20. September fiel bei St. Quentin unser Kollege

Hugo Krinke

geb. 9. Oktober 1898 in Petersberg bei Eisenberg, eingetreten in unsern Verband am 29. April 1911 in Eisenberg, zuletzt Mitglied in Eisenberg.

An den Folgen einer am 8. Oktober bei Arras in Frankreich erhaltenen schweren Wunde starb am 9. Oktober unser Kollege

Wilhelm Barth

geb. 11. September 1892 in Halle, eingetreten in unsern Verband am 28. Januar 1911 in Halle, zuletzt Mitglied in Halle.

Im Lazarett zu . . . in Frankreich starb an einer erhaltenen schweren Wunde unser Kollege

Ernst Klepzig

geb. 12. Dezember 1891 in Stahmeln, eingetreten in unsern Verband am 4. Februar 1910 in Leipzig, zuletzt Mitglied in Berlin.

Im Lazarett zu . . . in Frankreich starb an einer erhaltenen schweren Wunde unser Kollege

Walter Fischer

geb. 24. März 1889 in Gera, eingetreten in unsern Verband am 6. Januar 1906 in Gera, zuletzt Mitglied in Gera.

Am 8. September fiel unser Kollege

Eugen Schang

geb. 14. April 1888 in Saargemünd, eingetreten in unsern Verband am 10. Dezember 1910 in Neuwied, zuletzt Mitglied in Neuwied.

Am 26. August fiel in den Kämpfen bei Sedan unser Kollege

Leo Zimmermann

geb. 19. Januar 1887 in Köln, eingetreten in unsern Verband am 6. Oktober 1912 in Köln, zuletzt Mitglied in Köln.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands ein ehrendes Andenken!